

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 293.

59. Jahrgang.

Wittwoch, den 18. Dezember

1912.

## 11. öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums

Donnerstag, den 19. Dezember 1912, abends 8 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses.

Eibenstock, den 17. Dezember 1912.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Sahfurther.

### Tagesordnung:

1. Aufstellung eines Bebauungsplanes für das nördliche Gelände der Stadt.
2. Fußwegherstellung am Friedhofe.
3. Besuch des Bergbauvereins um Erhöhung des städtischen Beitrages.
4. Haushaltsplan für die kirchlichen Kassen auf das Jahr 1913.
5. Anbringung von Startlichtstrahlenlaternen an einigen Straßeneinkreuzungen.
6. Besuch der Zwickauer Elektrizitätswerk- und Straßenbahnaktiengesellschaft um Verlängerung der Frist zum Bau der zweiten Fernleitung.
7. Vortrag geprüfter städtischer Rechnungen vom Jahre 1911.
8. Renntisnahmen.

Hiernach geheime Sitzung.

## Gemeindeeinkommensteuer betr.

An die sofortige Bezahlung des 4. Termins Gemeindeeinkommensteuer für 1912 wird hiermit nochmals erinnert. Da die zur Bezahlung nachgelassene Frist von 4 Wochen abgelaufen ist, wird gegen säumige Zahler nunmehr das Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet werden.

Stadtrat Eibenstock, den 16. Dezember 1912.

Um wiederholten Verwechslungen vorzubeugen, wird darauf hingewiesen, daß sich in Eibenstock der Sitz der Königl. Forstrevierverwaltungen befindet:

des Auerberger Staatsforstreviers, in der Hauptsache südöstlich von Eibenstock an den nördlichen Abhängen des Auerberges gelegen — Verwalter: Oberförster Sinnig, und

des Eibenstocker Staatsforstreviers, südwestlich von Eibenstock gelegen — Verwalter: Oberförster Böring.

Königliche Oberforstmeisterei Eibenstock.

## Die Friedenskonferenz

„tagt“ und gestern haben Sir Edward Grey und Soeranipräsident Danew mit schönen Reden versucht, in den historischen Räumen des St. James-Palastes zu London den Frieden einzuläuten. Nach herzlichem Worten des Willkommens führte Sir Edward Grey u. a. aus:

In England werden Sie von einer ruhigen und unparteiischen Atmosphäre umgeben sein, welche Ihren Arbeiten nur förderlich sein kann. Hier befinden Sie sich auf wirklich neutralem Boden. Jeder kann hier seiner eigenen Politik nachstreben. Sie sind beauftragt, das Fundament zu legen, auf dem das nationale Wohlergehen Ihrer Länder aufgebaut werden wird.“ Grey schloß mit den Worten: „Ich habe noch auf dem Herzen Ihnen zu sagen, daß Ihnen, wenn Sie den Frieden schließen werden, die Achtung von ganz Europa zuteil werden wird.“ Der bulgarische Delegierte Danew dankte hierauf im Namen der übrigen Bevollmächtigten. Dann sprachen noch die Vertreter jeder einzelnen Nation einige Worte, worauf Sir Edward Grey für die dem englischen Königshaus dargebrachten Glückwünsche dankte. Hierauf fand ein gemeinsames Frühstück statt. Den Vorhitz in den Sitzungen wird abwechselnd der Vertreter einer jeden Nation führen und zwar in der Reihenfolge des Alphabets der Länder. Danew wird also die Sitzung am heutigen Dienstag leiten.

Während so in London mit frohen Hoffnungen an die Arbeit gegangen ist, um den Frieden am Balkan wieder herzustellen, kann man es an der Seine nicht lassen, auf die gewisstenjeste Weise zu gehen, und zwar in erster Linie versucht man Deutschland zu verdächtigen, es unterstütze insgeheim die Türkei. Wurde, wie wir gestern bereits meldeten, den Franzosen schon vom „Pester Lloyd“ der Mordanschlag, und Frankreich direkt des Hochverrats beschuldigt, so hat von deutscher Seite es jetzt die „Nordb. Allgem. Zeitung“ übernommen, den Uebermächtigen jenseits des Rheines den Standpunkt klar zu machen. Die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ schreibt in offiziellem Sperrdruck:

Im Laufe dieser Woche beginnen in London die Besprechungen der Botschafter, denen allgemein zuversichtlich entgegenzusehen wird, und die eine ausgesprochen friedliche Tendenz haben. Ihr Gelingen wird wesentlich von dem Vertrauen abhängen, das die Mächte einander entgegenbringen. Wir können daher nur unserem Bedauern Ausdruck geben, daß angelegene französische Blätter, an der Spitze der „Temps“, auch in diesem Augenblick ihre Verhetzung gegen Deutschland fortsetzen, dem vor allem die Anstachelung der Türkei zur Fortsetzung des Krieges untergeschoben wird. So ist in der Freitagnummer des „Temps“ die Behauptung aufgestellt, daß Deutschland auf die Wahl der türkischen Delegierten einen dem Frieden nachteiligen Einfluß ausgeübt habe. Ferner wird die Konjessivierung einer Stadtbahn in Konstantinopel an ein deutsches Konsortium mit deutschen Waffenlieferungen in Zusammenhang gebracht. Die heiserische Tendenz dieser Nachricht tritt besonders deutlich hervor, da der „Temps“ wissen mußte, daß zu dem Konsortium auch die französische Ottomanbank gehört. Dieses Gebahren des „Temps“ und anderer angelegener französischer Organe ist jetzt, wo die Mächte sich zur friedlichen Erörterung der Lage vereinigen, besonders be-

denklich! Wer in diesem Falle der Friedensstörer ist, wird jeder sehen, der eine beliebige Nummer dieser Blätter in die Hand nimmt.

Im Uebrigen herrscht heute, trotz der begonnenen Friedenskonferenz, eine bedeutend pessimistischere Auffassung über die Lage vor, als in den letzten Tagen. Zunächst soll sich herausgestellt haben, daß die Balkanbündler sich über die Verteilung der Beute noch nicht geeinigt haben, was dies erst nach Abschluß der Friedensverhandlungen tun wollen. Ob diese Teilung ohne Keilerei abgehen wird, ist zweifelhaft. Es besteht also hier die Gefahr, daß der Balkanbrand nicht allzuleicht gelöscht sein wird. Nebenbei darf man sich noch nicht zu große Hoffnungen auf die Konferenz machen. Danew will unbedingt Adrianopel für die Bulgaren haben und der Türken Sultan will auf keinen Fall diese Festung, in der die Gebeine seiner Vorfahren ruhen, preisgeben. Wie man in Wien über den Stand der Situation denkt, zeigt nachstehende Meldung:

Wien, 16. Dezember. In politischen Kreisen dauert die Ueberzeugung an, daß die militärischen Vorbereitungen so groß sind, daß man kaum noch auf den Bestand des Friedens rechnen kann. Besonders in Bosnien dauern die Vorbereitungen fort. Der österreichisch-ungarische Botschafter in London ist gestern mit Instruktionen abgereist, die darauf hinauslaufen, daß das Wiener Kabinett keine Rückschlüsse in seinem Konflikt mit Serbien wünscht. Die „Neue Freie Presse“ bringt heute eine Information aus Belgrad, daß der Balkanbund um jeden Preis durch die Friedensverhandlungen in den dauernden Besitz von türkischen Gebietsteilen zu kommen sucht. Das gleiche Blatt spricht von der Möglichkeit eines Ultimatus seitens Oesterreichs an Serbien in der Frage des Adriahafens. Die militärische Besetzung eines Hafens an der Adria, eventuell eines dalmatinischen Hafens, würde Oesterreich jederzeit zugestehen.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

Zur Greizer Reichstagswahl. Auf eine Beschwerde des sozialdemokratischen Abgeordneten Antrich gegen eine Entscheidung des Wahlkommissars für Reuß a. L., wonach Wähler, die seit der Aufstellung der Wählerlisten für die Reichstagswahl im Januar dieses Jahres verzogen sind, nicht wählen dürfen, ist vom Reichstanzler, in Vertretung Staatssekretär Tesbrück, folgende Antwort ergangen: Auf die Anfrage der hiesigen Landesregierung vom 10. Dezember ist von hier unterm 13. Dezember geantwortet worden, daß nach der diesseitigen Auffassung die Wortschrift des Paragraph 7, Absatz 1 des Wahlgesetzes durch Paragraph 8, Absatz 3 nicht berührt wird. Diese Auffassung entspricht dem Beschlusse der Wahlprüfungskommission und des Reichstages, wonach bei Ersatzwahlen die Aufgabe des Wohnsitzes in dem Wahlbezirk zur Zeit der Wahl, abgesehen von dem in Paragraph 7 vorgesehenen Ausnahmefall, ein- und für allemal die Berechtigung zur Teilnahme an der Wahl ausschließt. Eine hiervon abweichende Entscheidung des Reichstages hat hier nicht ermittelt werden können. Mit dem Beschlusse des Reichstages steht auch

die Entscheidung des Reichsgerichts in Strafsachen Band 37 Seite 383 im Einklang.

Personalveränderungen in der Umgebung des Prinzregenten. Die „Korrespondenz Hoffmann“ meldet: Gegenüber den Nachrichten über Personalveränderungen in der Umgebung des Prinzregenten, insbesondere über den Rücktritt des Chefs der geheimen Kanzlei, erklären wir von zureichender Seite, daß die Regelung der Personalfrage erst nach den Beizungsfeierlichkeiten erfolgen wird.

### Deutsche Kolonien.

Die Nordkaten in Deutsch-Neuguinea. Die Expedition, die nach der Ermordung des Paradiesvogeljägers Mikulicz zur Bestrafung der Kagam-Dörfer ausgesandt worden ist, hat nach einem in der neuesten Nummer des Deutschen Kolonialblattes veröffentlichten Bericht des Gouverneurs von Neuguinea Zusammenstöße mit Eingeborenen gehabt, auch ist in der Nähe der Station Citape bewaffneter Widerstand geleistet worden. Die Lae-Bomba am Markham befinden sich seit längerer Zeit wieder auf dem Kriegspfad, und in Neu-Hannover mußte gegen widerspenstige Eingeborene eingeschritten werden.

### Oesterreich-Ungarn.

Das Attentat gegen den Grafen Tisza vor Gericht. Montag begann vor dem Geschworenengericht die Verhandlung gegen den Abgeordneten Julius Kovacs, der gegen den Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses, Grafen Tisza, wie erinnerlich, einen Anschlag verübt hatte. Die Anklage lautet auf vorsätzlichen Mordversuch.

### Rußland.

Zur Reise des russischen Kriegsministers nach Leipzig. Ein in Petersburg verbreitetes Gerücht, der Deutsche Kaiser habe den Kriegsminister Suchomlinow zur Grundsteinlegung der russischen Gedächtniskirche auf dem Schlachtfelde von Leipzig eingeladen, wird von zuständiger Seite in Abrede gestellt. Die Reise wird in Verbindung mit dem Weihnachtsurlaub des deutschen Botschafters allgemein als ein Zeichen der Beruhigung aufgefaßt, da offenbar die Regierungen mindestens für die nächste Zeit keine Verwicklungen befürchten.

### Persien.

Die Ermordung eines englischen Offiziers in Persien. Der Minister des Aeußeren sprach in einer schriftlichen Antwort auf eine Note der britischen Regierung bezüglich der Entschädigung für die kürzlich erfolgte Ermordung eines englischen Offiziers im Namen der persischen Regierung das Bedauern über die Ermordung des britischen Offiziers aus. Die Regierung sei voll und ganz entschlossen, eine Entschädigung zu leisten.

## Vertliche und sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 17. Dezbr. Zur Frage der staatlichen Auto-Verbindungen in Sachsen äußerte der nationalliberale Abg. Singer jüngst im Landtage: Die vorliegende Denkschrift trage dem Bedürfnisse der Zeit nach Verkehrsmitteln und Verkehrsmöglichkeiten Rechnung. Sie finde nicht allein im Hause einen freundigen Widerhall, sondern werde ihn auch im Lande finden. Er habe sich das Wort nur deshalb erbeten, weil hier bei den angedeuteten Linien auch eine Linie mit in Betracht gezogen werde, die seine engere Heimat durchkreuze. Es sei die Linie Plauen, Falkenstein—Auerbach—Kobewisch—Rothenthränen—Eiben-